

Die Verfassung.

Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Montag früh. Preis vierteljährlich bei allen Preuss. Postanstalten 4½ Sgr., bei den außerpreussischen Postanstalten 7½ Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Spediteuren incl. Postlohn 6 Sgr., in der Expedition, Taubenstr. 27, 4½ Sgr. Inserate die Zeile 2 Sgr.

Die religiöse und die politische Freiheit.

Wir erhalten von einem Freunde unseres Blattes eine an die liberalen Wahlkomite's in Deutschland gerichtete Zuschrift. Obgleich der Tag der Wahl so nahe ist, daß man meinen könnte, eine Zuschrift an die Wahlkomite's verspreche keinen Erfolg mehr, so ist doch die in der Zuschrift angeregte Sache von hoher Bedeutung und verdient zu jeder Zeit die volle Aufmerksamkeit, so daß wir diese Zuschrift hier folgen lassen und uns gerne der Bitte des Verfassers, die sämtlichen liberalen Blätter Deutschlands möchten derselben durch Abdruck die möglichst große Verbreitung geben, anschließen.

Die Zuschrift lautet:

„Wie bei jeder Abgeordneten-Wahl, so scheuen Sie, geehrte Herren, auch jetzt weder Zeitaufwand, noch Mühe, noch Kosten, sämtlichen Volksklassen über die Bedeutung und Wichtigkeit liberaler Wahlen zu unterrichten. Weil ich Ihre gute Absicht anerkenne und mit Ihnen derselben Ansicht bin, daß die schnelle Parteistellung nicht eher aufhören und ein allseitig betriebender Zustand nicht eher erreicht werden wird, als bis den zeitgemäßen und gerechten Forderungen des Volks Rechnung getragen ist, so will ich mir erlauben, Sie zur Erreichung des großen Zwecks auf einen Umstand aufmerksam zu machen, der bei den Wahl-Agitationen häufig hervortritt.

Indem nämlich Sie, meine Herren, jetzt eifrig bemüht sind, Ihre anfliehenden Flugblätter überallhin, namentlich in die Hände der Landbevölkerung zu bringen, so werden Sie gewiß auf Ihre Fragen: „Wer ist in diesem Dorfe unser Mann? wem können wir auf jenen Gute vertrauen?“ nicht selten die Antwort erhalten haben: „Hier kennt ich Den und dort Senen, als religiös freisinnig und für eine kirchliche Reform strebend, folglich sind dieselben auch politisch liberal und ohne Zweifel die Unserigen.“

Und wenn Sie auf solchen Schlüssen bauten, so werden Sie sich nie getäuscht haben. Denn Menschen, deren Religion nicht in bestrittenen Dogmen, sondern hauptsächlich in folgenden einfachen Sätzen wurzelt: „Denke nach! Gebrauche stets Deine Vernunft und folge genau Deinem Gewissen! Suche Dich und die Welt zu erkennen! Strebe unabhängig ein besserer Mensch zu werden, und thue liberal rechtlich und

fleißig das Deine, damit es auch besser auf der Erde werde! Halte es für die höchste göttliche Bestimmung, die in Dich gelegten geistigen Kräfte zur Entwicklung zu bringen, und bei dem Streben für Deine eigene Sache suche zugleich das Ganze zu fördern“ — wie wäre es möglich, sage ich, daß solche Menschen zur Abgeordnetenwahl nicht an rechten Plätze sein sollten?

Um so mehr muß man sich aber wundern, daß so viele Liberale — und besonders die Gebildeteren derselben — häufig das religiöse Vorwärtstreben unserer Zeit so unberücksichtigt liegen lassen; daß sie es vorziehen, periodenweise mit großer Anstrengung und Opferwilligkeit für eine einseitige (politische) Bildung zu wirken, statt anhaltend — und gewiß mit besserem Erfolge — für die ganze, volle (religiöse) Menschenbildung ihre Theilnahme und ihren Einfluß herzugeben.

Sie, geehrte Herren, sollten in dem fraglichen Punkte doch von Ihren Gegnern lernen. Diese wissen genau, was sie an der gegenwärtigen Kirche haben! Sie, m. H., ludigen laut Ihrer an uns untere Volksklassen erlassenen „Ausruf“ der Selbsthülfe auf dem politischen Gebiete, gewiß auch auf dem gewerblichen, warum nicht auch auf dem allgemeinsten, dem religiösen? Lassen Sie uns nicht mit der Kirche allein ringen, reichen Sie uns doch auch hier die Hand! Soll das aufzubauende Staatsgebäude ein dauerndes werden, so lassen Sie uns doch zunächst mit vereinter Kraft an die Herstellung des Fundamentes gehen, wobei der geringste Mann, die schlichteste Frau, ja der einfachste Kindesjüngling mit thätig sein kann! Wollen Sie nicht mit uns aus der Staats-Kirche scheiden — nun so ringen Sie mit uns, dieselbe in eine anziehendere, fruchtbarere Volks-Kirche umzuwandeln; erheben Sie — vielleicht durch Tausende von Petitionen — eine kirchliche Gemeinde-Ordnung, auf deren Grund es der Gemeinde zusteht über ihre heiligste Angelegenheit mitzupringen! Ehe Sie sich auflösen, komme der Geist eines Luther über Sie, und treibe Sie, zu beraten und zu thun, in dieser hochwichtigsten Sache; Ihre eigenen Kinder stehen mit uns daran!

Wir theilen die Ansicht des Verfassers über den innigen Zusammenhang zwischen religiöser und politischem Fortschritt vollkommen, und um zu zeigen, wie allseitig dieser Zusammenhang erkannt ist, erinnern wir nur daran, wie in Preußen (sogar vor dem März 1848 der Kampf für die bürgerliche Freiheit vorzugsweise auf

religiösem Gebiete geführt worden ist. Weil aber dieser Zusammenhang ein seit langer Zeit erkannter ist, deshalb glauben wir auch, daß der Verfasser irrt, wenn er meint, daß auch nur einer der Kämpfer für die politische Freiheit jemals diesen Zusammenhang aus den Augen gelassen hat.

Wenn nun aber in den letzten Jahren die politischen Fragen sich ganz besonders in den Vordergrund gedrängt haben, so lag dies in äußeren Verhältnissen, nicht in einem prinzipiellen Zurückdrängen jener religiösen Fragen. Trotzdem hat die Geschichte der letzten Jahre gezeigt, daß in keinem Augenblick, selbst nicht zur Zeit der brennendsten politischen Kämpfe, die religiösen Fragen außer Acht gelassen worden sind. Wir erinnern nur an die vielen und lebhaften Debatten, welche im Abgeordnetenhaus über die verschiedenen Artikel der Verfassung, welche von den religiösen Angelegenheiten handeln, geführt worden sind.

Allerdings ist das Streben der liberalen Partei auf diesem Gebiete noch von keinem großen Erfolge gekrönt worden. Es ist bis jetzt noch ebenso wenig gelungen, den freireligiösen Gemeinden zu der staatlichen Stellung zu verhelfen, welche sie einnehmen müssen, wenn ihre Wirksamkeit eine möglichst segensreiche werden soll, wie es gelungen ist, die mittelalterlichen Schranken zu beseitigen, welche den Juden im Staatsleben vielfach entgegenstehen. Aber trifft die Schuld davon diejenigen, welche fort und fort für die Freiheit in jeder Beziehung gekämpft haben? Wir meinen, Niemand wird diese Frage zu Ungunsten der liberalen Partei beantworten.

Wenn man nun aber diesen Personen aus dem Mißverfolg, den ihre Anstrengungen bis jetzt nur aufzuweisen haben, keinen Vorwurf machen kann, so werden sie auch für die Zukunft gewiß keinen Grund geben zu dem Vorwurf der Laubheit. Die Ausdauer, mit welcher sie auf politischem Gebiete den Kampf für unser Recht geführt haben, giebt uns die Zuversicht, daß sie auch fernerhin bei jeder Gelegenheit ihre Versuche zur Herstellung der religiösen Freiheit erneuern werden.

Wenn wir aber nach dem Gesagten auch glauben, daß das, was der Verfasser der oben mitgetheilten Zeilen wünscht, von den Führern der liberalen Partei in keiner Weise vernachlässigt wird, so hielten wir es doch nicht für unnötig, die Aufschrift selbst zur Kenntniß unserer Leser zu bringen, sei es auch nur, um das Bewußtsein von dem innigen Zusammenhang des religiösen und politischen Fortschritts wach zu halten.

Politische Wochenschau.

Preußen. Der Landtag hat in der vergangenen Woche seine Arbeiten beendet. Diese letzte Woche hat noch einige sehr wichtige Verhandlungen gebracht. Zuerst die Frage wegen der Eisenbahn-Anleihe. Das Herrenhaus hatte den vom Abgeordnetenhaus angenommenen § 6 des Gesetzes, welcher den Verkauf und die Verpachtung aller durch das Gesetz betroffenen Bahnen von der Genehmigung der Volksvertretung abhängig macht, verworfen, nachdem der Ministerpräsident sich in einer ausführlichen Rede dagegen erklärt hatte. Im Abgeordnetenhaus wurde der betreffende Para-

graph darauf in der Weise modificirt, daß sich die Klausel über den Verkauf nur auf die neuen Anlagen bezieht, und außerdem die Verpachtung freigegeben ist. Dieser Aenderung hat die Regierung und das Herrenhaus beigekimmt.

Das Gesetz über die Aenderung der Posttaxe war vom Herrenhaus nicht in der Form, wie es aus den Beratungen des Abgeordnetenhauses hervorgegangen, angenommen worden, sondern in der Fassung, wie es von der Regierung vorgelegt war; das Abgeordnetenhaus hat bei seinen Beratungen seine frühere Fassung wiederhergestellt. Es ist also in diesem Punkte keine Einigung erzielt worden, und bleibt also vorläufig der alte Posttarif bestehen.

Bei dem Gesetz über die privatrechtliche Stellung der Genossenschaften hat das Herrenhaus einige nicht sehr wesentliche Aenderungen vorgenommen, das Abgeordnetenhaus trat denselben bei, und steht so demnach das Inkrafttreten dieses so dringend gewünschten Gesetzes im Ausblick. Außerdem wurde im Abgeordnetenhaus eine Reihe von Petitionen erledigt, im Herrenhaus eine Reihe von Gesetzen in der Form, wie sie aus den Beratungen des Abgeordnetenhauses hervorgegangen.

Ein Gesetz-Entwurf aber, welcher im Abgeordnetenhaus einstimmig angenommen worden, fiel im Herrenhaus durch. Es war dies der Gesetzesentwurf betreffend den Schutz wahrheitsgetreuer durch die Presse erstatteter Berichte über die parlamentarischen Verhandlungen des Reichstags des norddeutschen Bundes. Die Kommission des Herrenhauses, welche das Gesetz vorbrachte, hatte mit 9 gegen 3 Stimmen beantragt, den Gesetzesentwurf anzunehmen und Niemand glaube an eine Verwerfung des Gesetzes. Da nahm der Ministerpräsident, Graf Bismarck, bei der Debatte das Wort und sagte: „Die Staatsregierung hat, bezüglich der Redefreiheit im Reichstag des norddeutschen Bundes, alles gekannt, was von ihr gewünscht worden ist. Hinsichtlich der durch die Presse erstatteten Berichte aber verhält sich die Sache anders. Man darf nicht übersehen, daß diese Berichte einem großen und viel weniger urtheilsfähigen Publikum zugehen, als dasjenige ist, an welches die Reden von der Tribüne aus gerichtet werden. Auch finden die Reden der Abgeordneten auf der selben Tribüne ein Korrektiv. Dieses fehlt aber der großen Menge, die gewöhnlich nur eine Zeitung liest, in der die extremsten Aeusserungen besonders hervorgehoben werden. Die Regierung fürchtet nicht die Berichte, sie wünscht aber eine gleiche Verteilung von Sonne und Wind und hält daher ein Korrektiv durch das Strafgesetz für durchaus notwendig. Noch ist bei uns das Parteiwesen nicht so entwickelt, wie in andern konstitutionellen Ländern. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß nicht die schlimmsten Redner gewählt werden, dennoch aber sind bereits Kandidaten genannt, die sich vom Vaterlande schamlos losgerissen, von denen man erwarten kann, daß sie bei der ehernen Stirn, welche diese Leute haben, unter dem Schlag der Unverantwortlichkeit, die strafbarsten Zeitungartikel veranlassen würden. Die Regierung kann aber nicht wünschen, daß die Vielfältigkeit derartiger Reden ungestraft erfolge.“ Die Wirkung dieser Rede war die Verwerfung des Gesetzes im Herrenhaus, und es wird sich in Folge dessen die Presse nicht in der Lage befinden, ausführliche Berichte über die Verhandlungen des norddeutschen Parlamentes zu bringen, sie wird sich einfach mit Veröffentlichung der Beschlüsse des Parlamentes begnügen müssen.

Am Freitag wurde in beiden Häusern des Landtags die königliche Postkassette vermisst, durch welche der Schluss des Landtages auf den 9. d. M. Mittags 1 Uhr festgesetzt ward. Die Thronrede, mit welcher der König den Landtag schloß,

erkennt das wiederhergestellte Einvernehmen der Regierung und der Volkvertretung an, und spricht die Hoffnung aus, daß die gewonnene Erfahrung dazu dienen werde, künftighin neue Konflikte zu vermeiden.

Ueber die Gesamtmitteltätigkeit des Abgeordnetenhauses gab der Präsident v. Forckenberg in der letzten Sitzung ein kurzes Bild, von dem wir hier das Wesentlichste folgen lassen. Von der Staats-Regierung sind den beiden Häusern des Landtags seit dem 5. August 1866 68 Vorlagen gemacht worden, darunter: 1) 40 Gesetze, Entwürfe mit Einschluß des Staatshaushalts-Stats; 2) 9 Staats-, Handels- und Schiffsverträge; 3) 9 provisorisch erlassene Verordnungen; 4) 5 allgemeine Rechnungen, nämlich die pr. 1859—63; 5) drei Jahresberichte der Staatsschulden-Kommission pr. 1862—1864 u. s. f. Von diesen haben die verfassungsmäßige Zustimmung beider Häuser des Landtags erhalten 60 Vorlagen, zwei sind im Hause selbstständig erledigt, vier sind im Hause der Abgeordneten abgelehnt worden, eine Vorlage ist wegen Ablaufs der Session unerledigt geblieben, eine hat die verfassungsmäßige Zustimmung beider Häuser des Landtags nicht erreicht. Von den Mitgliedern des Hauses sind mit Einschluß von 9 Interpellationen 31 Anträge gestellt, von denen 24 im Plenum erledigt sind, 3 in den Kommissionen durchberathen, wegen des Schlasses der Session aber nicht mehr im Plenum zur Berathung gekommen, 2 zurückgegeben und 2 unerledigt geblieben. Von diesen Anträgen haben 4 das Haus veranlaßt, Gesetzentwürfe anzunehmen; von diesen 4 Gesetzentwürfen, die aus der Initiative des Hauses hervorgegangen sind, sind 3 von dem Herrenhause abgelehnt und der letzte, betreffend die Aufhebung von Beschränkungen des verfassungsmäßigen Zinsfußes bei Darlehen, zu deren Sicherheit unbewegliches Eigentum verpfändet wird, ist im Herrenhause noch nicht zur Verathung gekommen. Die Zahl der eingegangenen Petitionen beträgt 834. Das Haus hat 68 Plenarthesen gehalten.

Wie man sagt, hat **Preußen** auf das Verabreichungsrecht in Dresden verzichtet.

Die Verhandlungen der Bevollmächtigten der Staaten des norddeutschen Bundes sind geschlossen; der Bundesvertrag ist allseitig angenommen.

In **Hamburg** bildet sich eine Partei, welche den Anschluß an den Zollverein anstrebt, ohne daß sie die Gewährung eines Freihafens für nöthig hält.

Neueste Nachrichten.

London, Sonnabend 9. Februar, Nachmittags. Die „**Afta**“ hat folgende Nachrichten aus New-York vom 31. v. Mts. überbracht: Präsident Johnson hat gegen die Bills, welche Nebraska und Colorado als Staaten anerkennen, sein Veto eingelegt. Der Unionsgesandte in Wien, **Motley**, hat seinen Abschied genommen.

Aus Veracruz vom 24. Dezember v. J. wird gemeldet, daß der justizische Befehlshaber in Mazatlan den dortigen amerikanischen Konsul **Garman** hatte hingerichtet lassen, weil derselbe beschuldigt wurde, zwei Mexikaner getödtet zu haben. Der Kommandeur eines Unions-Kanonenhochs forderte Vengeance und Bombardirte, weil dieselbe verweigert wurde, die Stadt.

Florenz, Sonnabend 9. Februar, Abends. Die Kirchen-güter-Kommission hat den Abgeordneten **Crispi** zum Berichterstatter für das Plenum ernannt mit der Ermächtigung, dem Hause Ablehnung des Scialoja'schen Projekts zu empfehlen. Bezüglich des politischen Theiles des Gesetzentwurfes lehnte es die Kommission einstimmig, bezüglich des finanziellen Theils mit 5 gegen 4 Stimmen ab, einen Beglementwurf aufzustellen.

Aus Berlin.

— Aus dem Berliner Vereinsleben. Das Ende der Wahlbewegung kündigt sich dadurch an, daß bereits in einzelnen Wahlvereinen die brennende Frage durch andere zeitgemäße Thematika bereits ersetzt worden ist. So hat Herr Dr. Born seinen überaus zeitgemäßen Vortrag über den hypothekarischen Kredit, von dem wir bereits früher in unserer Vereinschau gesprochen, in zwei Wahlvereinen wiederholt. Indeß konzentriert sich die Thätigkeit noch immer in der Wahlagitation, die sowohl von liberalen als konservativer Seite mit der größten Lebhaftigkeit betrieben wird. Die Feststellung der beiderseitigen Kandidatenliste ist nunmehr definitiv erfolgt und die Agitation aus den größeren Wahlversammlungen in die kleineren Bezirke verpflanzt, deren Verhandlungen wegen ihrer Gleichartigkeit sowohl als ihrer Ausdehnung wegen über die ganze Hauptstadt sich jeder Berichterstattung naturgemäß entziehen. Wir beschränken uns daher auf die Mittheilungen über die größeren Versammlungen im Laufe dieser Woche, welche zur Schließung der Kandidatenliste geführt haben.

Der Streit, der zwischen den verschiedenen Brauereibesitzern und Hospitanten unter Affizienz des Heilensingers **Reich** und des ehemaligen demokratischen Schulmeisters **Rosenthal** über die Aufstellung der Kandidaturen **Bismarck** und des General v. **Steinme** entbrannt war, und in verschiedenen Versammlungen im **Witteler** und bei **Le** äußerst tumultuariöse Scenen herbeigeführt hatte, soll wie wir hören durch Vereinigung auf die Kandidatur des General v. **Steinme** glücklich sein.

Außerdem war besonders die Wahl-Agitation der Konserverativen im II. Wahlbezirk reger, wo alle Anstrengungen darauf gerichtet sind, dem Minister-Präsidenten v. **Bismarck** zum Siege über **Walde** zu verhelfen. Allerdings heften sich hier am stärksten die Programme der Regierung und der Demokratie gegenüber.

So fanden denn auch bereits verschiedene Versammlungen statt, in denen die Bismarck'sche Kandidatur mit großem Eifer vertreten wurde. Die meisten dieser Versammlungen laufen indessen in der Weise ab, daß von einer Abstimmung schließlich Abstand genommen wird, was auch nicht nöthig ist, da ja schon vor sehr langer Zeit ein Komitee so gültig war, für die Aufstellung konservativer Kandidaten in der Person der sechs Donatoren im Voraus Sorge zu tragen.

In den übrigen Wahlbezirken scheinen die Konserverativen sich bei Empfehlung ihrer Kandidaten auf stehende Inzerate zu beschränken.

Am Montag fand in einer von mehr als 3000 Personen besuchten liberalen Wählerversammlung des I. Berliner Reichstags-Wahlkreises die Aufstellung der definitiven Kandidatur statt. Unter großem Beifall regte der von der Vertrauensmännerversammlung präsentirte Gerichtshofessor **La** sater seinen bekannten politischen Standpunkt auseinander. Außerdem erlangte auch die Kandidatur des Herrn Stadtrichter **Hierjemenzel** ausreichend Unterstützung. Sein Vortrag wurde ebenfalls mit großem Beifall aufgenommen. Eine Interpellation des Dr. **Rosenthal**, ob er der Verfasser eines Artikels in der **Westfälischen Zeitung** vom 18. August 1866 sei, der unter der Ueberschrift „**Theorie und Praxis**“ eine sehr scharfe Kritik der Fortschrittspartei enthalte, wies Herr **Hierjemenzel** als unstatthaft zurück und verwies den Fragesteller an die Redaction der **Westfälischen Zeitung**. Nachdem sich die beiden Kandidaten entfernt, wird zur Abstimmung geschritten und der Affessor **La** sater mit sehr überwiegender Majorität zum alleinigen Kandidaten für den I. Berliner Reichswahlbezirk proklamirt.

Am Dienstag fand eine allgemeine Wählerversammlung des V. Reichswahlbezirks statt, in welcher der Abg. Frenzel unter großem Beifall der zahlreichen Anwesenden sprach. Er hält die in der Reichsverfassung enthaltenen Grundrechte des deutschen Volks für den notwendigen Bestandtheil der deutschen Bundesverfassung und sprach sich gegen die Devise: „Durch Einheit zur Freiheit“ mit Entschiedenheit aus. Schließlich erklärte er indes, daß er zu Gunsten Dunder's, der ganz auf seinem Standpunkt stehe, auf eine Wahl verzichte. Herr Frenzel erklärte darauf, daß er der Verfasser des betreffenden Artikels in der Westfälischen Zeitung (siehe oben) sei, und trat für diesmal von jeder Kandidatur zum nordrheinischen Reichstage zurück. Die Abstimmung erfolgte durch Stimmzettel und fielen von 1261 Stimmen 668 auf den Buchhändler Franz Dunder.

Am Montag Abend fand in der Alhambra eine Arbeiterversammlung statt, die auf Veranlassung des Buchdrucker-Gehülfen-Vereins zusammenberufen war und aus etwa 400 Personen bestehen mochte. Die Versammlung verließ sehr tumultuös, da viele, ja die meisten der Anwesenden von der durch den Vorstand in Vorschlag gebrachten Arbeiter-Kandidatur gar nicht wissen wollten und an ihren bewährten Vertreter der Arbeiter-Interessen Schulze-Delitzsch festhalten zu wollen erklärten. Als es zur Abstimmung über die vorge-schlagenen Kandidaten kommen sollte, entfernten sich die Anhänger von Schulze-Delitzsch und die übrigen aus höchstens 100 Personen bestehend, proklamirten den Buchdrucker Heißel zum Kandidaten für den VI. Berliner Reichswahlkreis. Es sind demnach für Berlin folgende Kandidaten aufgestellt:

I. Wahlkreis:

Abg. **Eduard Laßler** (lib.)
Kriegsminister v. Roon (conf.)

II. Wahlkreis:

Gen. Oberbürgermeister **Dr. Waldeck** (lib.)
Minister-Präsident Graf v. Bismarck (conf.)

III. Wahlkreis:

Dr. Moritz Wiggers aus Rostock (lib.)
General v. Moltke (conf.)

IV. Wahlkreis:

Stadttrath **H. Runge** (lib.)
General Vogel v. Falkenstein (conf.)

V. Wahlkreis:

Buchhändler **Franz Dunder** (lib.)
General Horward v. Bittenfeld (conf.)

VI. Wahlkreis:

Abg. **Schulze-Delitzsch** (lib.)
General Steinmeier (conf.)
Buchdrucker Heißel (Arbeiterkandidat.)

— Im Laufe des Winters haben die Volkskuchen, welche Anfangs keine Aussicht auf eine gedeihliche Zukunft zu haben schienen, einen immer festeren Boden gewonnen, so daß das Comité für dieselben nicht mehr daran denkt, sie eingehen zu lassen. Von dem sehr schmackhaften Essen erhält man für 1½ Sgr. eine Portion, welche einen kräftigen Mann vollständig sättigt, und seit in den meisten Küchen die Vorküche getroffen ist, daß das Essen daselbst verzehrt werden kann, sieht man täglich eine größere Anzahl von Arbeitern in diesen Lokalen ihr Mittagsmahl einnehmen.

— Der Plan, das gesamte Droschkengeschäft des Vereins in die Hand einer einzigen Droschken-Gesellschaft zu vereinigen, taucht von Neuem auf. Wir sind gewiß weit entfernt, den

jetzigen Zustand unserer Droschken auch nur annähernd befriedigend zu halten, ja, wir haben stets geglaubt, daß die Droschken eigentlich nicht wohl weniger dem Bedürfnis entsprechen können, als dies jetzt der Fall ist, — aber nach den Erfahrungen, welche das Publikum in Berlin mit den verschiedenen Experimenten der Omnibus-Gesellschaft gemacht hat, fürchten wir fast, bei Verwirklichung jenes Planes davon überzeugt zu werden, daß wir uns darin geirrt haben.

— Einige Meilen von Berlin entfernt sollen sehr ergiebige Petroleumquellen entdeckt worden sein.

Vermischtes.

† In Rußisch-Polen wird die Schwierigkeit für die Damen, sich zu kleiden, mit jedem Tage größer. Jetzt hat die Polizei durch ein Placat allen schwarz- und roth-gestreiften Crinolinen den Krieg erklärt, und droht dem gegen dieses Verbot handelnden weiblichen Geschlecht mit Einvernahme und Geldstrafen. Es ist diese Maßregel keineswegs eine eigenmächtige Handlung der Berliner Polizei, sondern in einem Erlaß der Warschauer Regierung begründet, welche selbst in mehreren Modewarenhandlungen der Hauptstadt jenseit schwarz- und rothgestreifte weibliche Toilettenstücke durch Polizei-Agenten confisciren ließ. Die russische Polizei will nämlich entdeckt haben: das Roth sei ein Theil der polnischen Nationalfarben (roth-weiß) und das Schwarz die schon seit dem jüngsten Aufstand streng verbotene Farbe der Trauer.

— Da nun weiß auch in den polnischen Nationalfarben vorkommt, so wird diese Farbe auch wohl nächstens verboten werden, und dann wird grün, was die Hoffnung auf eine bessere Zukunft ausdrücken kann, und vielleicht auch blau als Symbol der Treue an das Vaterland verboten werden. Es wird den Polinnen also schließlich nichts anderes übrig bleiben, als sich in gelb, orange, lilä oder violett zu kleiden!

Theater am Montag.

Dyernhaus: Die Nachtwanderin. Tanz. — Schauspielhaus: Spielt nicht mit dem Feuer. Freund und Feind. — Friedrich-Wilhelmstadt: Aus bewegter Zeit. — Wallner: 15 Minuten im Jauherpalast. Eine Weinprobe. Ein alter Kommi. Im Wartsalen dritter Klasse. — Viktoria: Medea. — Kroll: Weihnachtsausstellung. Die Sphinx. Von Treu und Trug. Ein Ständchen im Café chantant. Kalosipinthechromokrene. — Weltersdorff: 500,000 Tefel.

Vorräthig in allen Buchhandlungen!

Edmund Wallner's
Taschen-Liederbuch.

479 Lieder. — 34. Auflage.
Mit Angabe der Dichter, Componisten u.
Tonarten.

Wallner's Liederbuch ist nunmehr in allen Kreisen hinlänglich bekannt, die Verlags-handlung glaubt sich daher einer besonderen Empfehlung enthalten zu können.

Preis 9 Sgr. oder 33 Kr. rhein.